

## Antrag

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Collini gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Aufnahme schutzbedürftige Kinder in Niederösterreich**

Die Zustände in den Lagern für Asylwerber\_innen und Migrant\_innen auf den griechischen Inseln sind schon seit Jahren nicht mehr menschenwürdig. Viele Kinder und Jugendliche haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, die Menschen leiden anstatt zu leben. Die COVID-19 Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft. Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche in diesen Lagern gefangen. Mittlerweile werden die Zustände aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten, die auch nach 2015 keine gemeinsame, effiziente Asyl- und Migrationspolitik umgesetzt haben, immer schlimmer ([https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-1\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-1_en.pdf)). Anfang Februar forderte der UNHCR die Räumung des Lagers in Moria auf Lesbos.

(<https://www.theguardian.com/global-development/2020/feb/11/un-calls-for-urgent-evacuation-of-lesbos-refugee-camp>). Dieses Lager hat die schlimmsten Bedingungen, mit 1.300 Menschen pro Wasserhahn und ohne Seife. Seit Mitte März appelliert das EU-Parlament an Griechenland, die Lager zu räumen (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200323IPR75632/refugees-on-greek-islands-urgent-evacuation-to-prevent-spread-of-covid-19>). Auf eine Toilette in Moria kommen in etwa 300 Menschen. Die Lage ist momentan so gefährlich, dass sich die Menschen nachts nicht mehr auf die Toiletten trauen. Für die Europäische Union, die sich in ihrem Vertrag über die Europäische Union auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande.

Die Ausbreitung des Coronavirus ist unter den in den Lagern herrschenden Bedingungen sehr wahrscheinlich: Die rund 40.000 Geflüchteten und Migrant\_innen fristen in den Lagern ihr Dasein in unwürdigen Zuständen, ohne genügend medizinische Versorgung oder die Möglichkeit, sich regelmäßig die Hände zu waschen. Alleine im Lager Moria sind aktuell rund 16.000 Menschen, das geht über die eigentliche Kapazität von knapp 3.000 Menschen weit hinaus. Um eine humanitäre Katastrophe auf dem Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätten die Lager schon längststens geräumt werden müssen. Auch die Eindämmung eines tödlichen Virus und die Verhinderung explosiver gesellschaftlicher Spannungen ist ein europaweites Interesse. Am 31. März appellierte der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres an alle EU-Staaten, sich solidarisch mit Griechenland zu zeigen und sich bei der Verteilung der Schutzbedürftigen zu beteiligen (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200330IPR76106/refugees-in-greece-meps-demand-solidarity-warn-about-impact-of-health-crisis>).

Eine erste Verlegung für 1.000 besonders Schutzbedürftige ist durch eine Zusammenarbeit der EU-Kommission mit dem UNHCR, der Internationalen Organisation für Migration (IOM)

und der griechischen Regierung geplant. Nun wählt ein Programm der EU-Kommission unbegleitete, schutzbedürftige Kinder aus den Lagern aus, überführt sie in spezielle und sichere Unterbringungen nahe Athen und finanziert deren Ausreise in andere EU-Mitgliedstaaten. Ein derartiges Programm entlastet auch das griechische Gesundheitssystem und ermöglicht den ausgewählten Kindern Rettung und Gesundheitsversorgung. Luxemburg hat Kinder aufgenommen, Deutschland hat bereits 58 Kinder in Sicherheit gebracht und plant insgesamt 350-500 unbegleitete Kinder aufzunehmen.

Am 23. März riefen 150 NGOs in Österreich und der EU in einem dringenden Appell zur sofortigen "Evakuierung der Flüchtlingslager und Hotspots auf den griechischen Inseln auf, um eine Katastrophe inmitten der Covid-19-Pandemie zu verhindern" (<https://orf.at/stories/3159053/>). Innerhalb von drei Tagen lag der Zuspruch zu diesem Appell bei über 300 NGOs, viele unter ihnen sind österreichische zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen (<http://asyl.at/de/info/presseaussendungen/breiteunterstuetzungfuerappellzuevakuierungderlageringriechenland/>). In Österreich appellieren immer mehr Petitionen an ein humanes Vorgehen und Beteiligung an der Aufnahme von Menschen aus den Lagern, was die Bereitschaft widerspiegelt, sich hier der aufgenommenen Kinder anzunehmen. Besonders in Niederösterreich gäbe es dafür Platz. Die Asylwerberunterkunft Steinhaus am Semmering ist stillgelegt worden, steht somit leer und wird aufgrund des unter Innenministerin Mikl-Leitner ausgehandelten Kündigungsverzichts, in den kommenden Jahren noch viel Geld kosten. Man zahlt hier 45.000 Euro Miete pro Monat. Laut Anfragebeantwortung des Bundesministeriums für Inneres vom 07.02.2020 wurde auch mit dem Quartier BS Korneuburg (Johann Pamer Str. 4, 2100 Korneuburg) ein Kündigungsverzicht bis 31.8.2025 vereinbart. Platz, eine menschenwürdige Unterkunft für 100 Kinder und Jugendliche aus Moria bereitzustellen, wäre somit vorhanden.

Entsprechende NEOS Anträge wurden auf Bundesebene in der Vergangenheit abgelehnt bzw. in jüngster Vergangenheit zynischer Weise dem zuständigen Ausschuss im Nationalrat zugewiesen. Damit wird wertvolle Zeit verschwendet und lediglich der unkooperativen Vorgehensweise der Bundesregierung Genüge getan. Niederösterreich hat Platz, Mittel und letztendlich aus moralischer Sicht die Pflicht, hier voranzugehen und eine weitere Eskalation dieser humanitären Krise aktiv zu bekämpfen.

Die Gefertigte stellen daher den

### Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, sich am EU-Programm zu beteiligen, und die Bereitschaft zur Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen in Niederösterreich zu signalisieren, um diesen Kindern und Jugendlichen aus Moria in der gegenwärtigen humanitären Krise zu helfen."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.